



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

EU-Kommission, Bundesregierung

Az.: 009-0, 001-5/kö

Tel.: 0391/56531-20

fiebig@landkreistag-st.de

19. Juni 2019

Rundschreiben Nr. 327/2019

Länderspezifische Empfehlungen der EU-Kommission für Deutschland 2019

Bezug: Unser Rundschreiben Nr. 283/2019 vom 16. Mai 2019

Kurzfassung:

Die EU-Kommission hat ihre länderspezifischen Empfehlungen 2019 vorgelegt. Die europäische Wirtschaft wächst nach ihren Angaben das siebte Jahr in Folge. Für Deutschland wird empfohlen, die Haushalts- und Strukturpolitik u. a. zur Stärkung kommunaler Investitionen einzusetzen. Auch im Bereich von E-Government und dem öffentlichen Auftragswesen wird noch Verbesserungsbedarf gesehen. Die Kommission weist auf Mängel bei der Versorgung mit Breitbandnetzen, insbesondere in ländlichen Gebieten, hin. Daneben werden als Investitionsprioritäten Bildung, Forschung und Innovation, Digitalisierung, nachhaltiger Verkehr sowie Energienetze und bezahlbarer Wohnraum genannt.

Im Rahmen des Europäischen Semesters erstellt die Europäische Kommission Länderberichte zur Entwicklung in den Mitgliedstaaten. Diese sind anschließend aufgefordert, in ihren Nationalen Reformprogrammen (NRP) die geplanten bzw. umgesetzten Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020 und zur Beseitigung von Wachstumshemmnissen vorzulegen. Beide nationalen Programme werden der Europäischen Kommission gleichzeitig bis spätestens Mitte/Ende April zur Bewertung übermittelt.

Die Europäische Kommission hat am 5. Juni 2019 ihre länderspezifischen Empfehlungen 2019 vorgelegt, in denen sie allen EU-Mitgliedstaaten wirtschaftspolitische Maßnahmen für die kommenden 12 bis 18 Monate vorschlägt. Der Rat der Finanz- und Wirtschaftsminister (ECOFIN) hat auf seiner Sitzung am 14. Juni 2019 die länderspezifischen Empfehlungen zu den NRP angenommen. Diese werden Ende Juni abschließend vom Europäischen Rat gebilligt. Damit ist der sechsmonatige Turnus des Europäischen Semesters abgeschlossen.

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

E-Mail : verband@landkreistag-st.de
Internet : www.kommunales-st.de

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

In einem allgemeinen Teil führt die Kommission aus, dass die Wirtschaft in der Europäischen Union bereits das siebte Jahr in Folge wachse, auch für 2020 wird erneutes Wachstum prognostiziert. Die Zahl der Beschäftigten habe ein Rekordhoch erreicht, während die Arbeitslosigkeit auf ein Rekordtief (etwa 6,5 % in der EU-28) zurückgegangen sei. Gleichzeitig bestünden nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten, Regionen und Bevölkerungsgruppen. Vor diesem Hintergrund fordert die Kommission die Mitgliedstaaten auf, die in den vergangenen Jahren erzielten Fortschritte auszubauen.

In den Empfehlungen für Deutschland (**Anlage 1**) wird vorgeschlagen, dass unter Einhaltung des mittelfristigen Haushaltsziels die Haushalts- und Strukturpolitik genutzt werden sollte, um bei den privaten und öffentlichen Investitionen vor allem auf regionaler und kommunaler Ebene einen anhaltenden Aufwärtstrend herbeizuführen (vgl. Ziff. 6 sowie Empfehlung Nr. 1). Die Kommission würdigt zwar die Anstrengungen der Bundesregierung zur Förderung von Investitionen, stellt aber auch fest, dass die Investitionen auf kommunaler Ebene nach wie vor unter den Abschreibungen liegen (vgl. Ziff. 7). Investitionen in öffentliche Infrastruktur werden nach Angaben der Kommission durch Kapazitäts- und Planungsengpässe auf kommunaler Ebene gebremst.

Auch bei den digitalen öffentlichen Diensten (E-Government) und dem öffentlichen Auftragswesen bestehe noch Raum für Verbesserung. Private Investitionen seien danach in einigen Bereichen deutlich angestiegen.

Die schleppende Digitalisierung der deutschen Wirtschaft wird kritisiert und auf Mängel beim flächendeckenden Ausbau von Breitbandnetzen mit sehr hoher Kapazität (Gigabit-Geschwindigkeiten), vor allem in ländlichen Gebieten, hingewiesen (vgl. Ziff. 10). Das Fehlen entsprechender Verbindungen bremse Investitionen. Da der Ausbau entscheidend von Interventionen der öffentlichen Hand abhängt, sollten über Subventionen hinausgehende Optionen geprüft werden. Konkrete Maßnahmen nennt die Kommission nicht.

Der Schwerpunkt der investitionsbezogenen Wirtschaftspolitik solle unter Berücksichtigung regionaler Unterschiede auf

- Bildung,
- Forschung und Innovation,
- Digitalisierung und Breitbandnetze mit sehr hoher Kapazität,
- nachhaltigen Verkehr sowie Energienetze und
- bezahlbaren Wohnraum

gelegt werden.

Um Maßnahmen zum Klimaschutz zu stärken und die Luftqualität zu verbessern, wird empfohlen, vermehrt Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und in saubere Mobilitätslösungen zu tätigen (vgl. Ziff. 11).

Deutschland solle zudem Fehlanreize verringern, die einer Aufstockung der Arbeitszeit entgegenwirken, darunter auch eine hohe Steuer- und Abgabenbelastung; speziell für Gering- und Zweitverdiener (vgl. Empfehlung Nr. 2). Daneben wird empfohlen, Maßnahmen einzuleiten, um die langfristige Tragfähigkeit des Rentensystems zu sichern und ein angemessenes Rentenniveau aufrechtzuerhalten (vgl. Ziff. 17).

Der Länderbericht Deutschland 2019 (**Anlage 2**) wurde bereits im Februar 2019 veröffentlicht. Darin wurden insbesondere die Fortschritte bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen des Vorjahres bewertet. In diesem Jahr sind in einem Anhang D zu den Länderberichten erstmalig Investitionsleitlinien für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds enthalten. Hier wird anhand der fünf politischen Ziele der gemeinsamen Bestimmungen zu den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds aufgeführt, wie die Mittel beitragen können, die wirtschaftspolitischen Empfehlungen zu erreichen.

Für Deutschland sind anders als für die anderen vier Ziele zum politischen Ziel 3 „ein stärker vernetztes Europa durch die Steigerung der Mobilität und der regionalen IKT-Konnektivität“ keine Empfehlungen genannt (vgl. S. 93 der Anlage 2). Nach Angaben der Kommission sei es nicht notwendig, europäische Mittel zur Stärkung der Digitalisierung in Deutschland einzusetzen. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat u. a. diesen Punkt gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium mit Schreiben vom 11. März 2019 (**Anlage 3**) kritisiert.



Theel

Anlagen